

Genitalverstümmelung: Null Toleranz

Grüne und SPÖ fordern Rauch-Kallat zu einer entschiedeneren Vorgangsweise in dieser Frage auf und auch die Anerkennung von "Genitalverstümmelung" als Asylgrund.

Frauen- und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (V) hat sich entschieden gegen die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/FGM) gewandt. Es handelt sich dabei um "eine der grausamsten Formen der Gewaltausübung gegenüber Frauen. Sie ist durch nichts zu rechtfertigen und muss mit allen Mitteln bekämpft werden", sagte Rauch-Kallat am Sonntag laut ÖVP-Aussendung.

Sie kündigte an, das Thema im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 ausführlich behandeln, unter anderem bei einer Konferenz, die über gemeinsame Maßnahmen der EU gegen traditionsbedingte Gewalt an Frauen beraten soll. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit maßgeblichen Organisationen und Frauen aus den betroffenen Ländern verstärkt werden.

Aufklärung

Wie es in der Aussendung heißt, ist trotz eines entsprechenden Verbots nicht auszuschließen, dass FGM auch in Österreich praktiziert werde. Das Frauenministerium fördere deshalb verschiedene Organisationen wie zum Beispiel die "Afrikanische Frauenorganisation", die umfangreiche Aufklärungsarbeiten auch in Österreich leisten. Aufklärungsarbeit müsse bei Frauen und vor allem auch bei Männern das klare Bewusstsein schaffen, dass weibliche Genitalverstümmelung eine Verletzung der Menschenrechte darstellt. "Wir müssen auf der ganzen Welt der weiblichen Genitalverstümmelung entgegengetreten. FGM darf niemals toleriert werden", betonte die ÖVP-Politikerin.

Asylgrund?

Indes haben die Grünen ihre Forderung nach einer Anerkennung von weiblicher Genitalverstümmelung als Asylgrund bekräftigt. Es sei "völlig unverständlich, warum eine der grausamsten Formen der Gewaltausübung für die Bundesregierung immer noch keinen Asylgrund darstellt", kritisierte Grünen-Frauensprecherin Brigid Weinzinger in einer Aussendung am Sonntag.

Weinzinger verwies darauf, dass es im Ermessen der Asylbehörden liege, ob FGM als Asylgrund anerkannt werde. "Gewalt bleibt Gewalt und diese Einschätzung muss sich auch in der Gesetzgebung niederschlagen. Es darf kein Glückspiel für die Opfer sein, ob ihr Fluchtgrund anerkannt wird oder nicht." Rauch-Kallat solle sich daher mit Innenministerin Liese Prokop "kurzschließen" und eine Gesetzesänderung auszuarbeiten.